

FDP Rheinland-Pfalz · Am Linsenberg 14 · 55131 Mainz

An den Vorsitzenden der
Gewerkschaft der Polizei im dbb
Landesverband Rheinland-Pfalz
Herrn Benno Langenberger
Postfach 3404
55024 Mainz

Wahlprüfsteine

Mainz, 15. Dezember 2015

FDP Rheinland-Pfalz
Am Linsenberg 14
55131 Mainz

rlp@fdp.de
www.fdp-rlp.de
twitter.com/fdprlp
facebook.com/fdprlp

T: 06131 232 541
F: 06131 233 803

Sehr geehrter Herr Langenberger,

vielen Dank für Ihr freundliches Schreiben vom November 2015 sowie Ihr Interesse an den Positionen der FDP Rheinland-Pfalz. Zu Ihren Fragen nehme ich sehr gerne wie folgt Stellung:

1. **Personalstärke der Polizei:** Werden Sie die Einstellungszahlen in den Polizeidienst in der derzeitigen Größenordnung auch nach 2016 fortführen bis die Zahl 10.000 erreicht ist bzw. welche Pläne haben Sie bezüglich der Personalstärke in der kommenden Legislaturperiode?

Sicherheit ist eine staatliche Grundleistung. Um diese zu gewährleisten, muss die Polizei angemessen ausgestattet sein, sowohl in personeller wie auch in sachlicher Hinsicht. Die FDP Rheinland-Pfalz bekennt sich ausdrücklich dazu, mittelfristig die Personalstärke der Polizei auf 10.000 Stellen zu erhöhen. Die Entwicklung der Einbruchszahlen zeigt deutlich, dass es ein Sicherheitsdefizit im Land gibt, dieses wollen wir beseitigen.

2. **Entlastung der Polizei durch Tarif- und Verwaltungspersonal:** Werden Sie durch zusätzliche Einstellung von Tarif- oder Verwaltungspersonal den angespannten Personalkörper der Polizei entlasten? In welchem Umfang wollen Sie das tun?

Freie Demokraten bekennen sich zu einer Polizeistruktur, die endlich wieder den Vollzug eigentlicher Kernaufgaben in den Mittelpunkt stellt. Wir plädieren für eine Polizeireform, die nicht ein weiteres Mehr an Führungs-, Stabs- und Verwaltungsfunktionen, sondern ein Mehr an Präsenz, Bürgernähe und Kooperation mit den benachbarten Polizeistellen der Länder zum Ziel hat. Wir wollen die Polizei von Verwaltung entlasten, damit sie sich um ihre Kernaufgabe, die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, kümmern kann.

3. **Gewalt gegen Polizisten:** Wie wollen Sie in Rheinland-Pfalz dieses Problem angehen? Welche Vorschläge zur Prävention haben Sie?

Die FDP Rheinland-Pfalz lehnt jede Form der Gewalt ab, insbesondere auch gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes. Auch die Landesregierung hat durch ihre Politik immer wieder Ressentiments gegen Beschäftigte des Landes geschürt, wie zum Beispiel bei der Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und

Polizisten. Gleichzeitig hat der Sparkurs gerade auch bei der Polizei bei vielen Menschen den Eindruck hinterlassen, dass ihre Sicherheit immer weniger gewährleistet wird. Wir wollen auch durch eine verstärkte Präsenz der Polizei im ländlichen Raum und durch mehr persönliche Ansprechpartner bei den Polizeibehörden, das Bewusstsein für die Partnerschaft zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Sicherheitskräften stärken.

4. **Kommunaler Vollzugsdienst:** Wie stehen Sie zu einer Anhebung der Ausbildungsdauer des KVD oder zur Schaffung eines selbständigen Berufsbildes mit einer entsprechenden Berufsausbildung (Laufbahnausbildung) und dem Ausbau des fachspezifischen Fortbildungsangebotes? Wie stehen Sie zu der Aussage, dass viele Kommunen nicht das notwendige Personal einstellen, um ihre Aufgaben zu erfüllen und deshalb die Polizei belastet wird? Welche Lösung haben Sie?

Die rheinland-pfälzischen Kommunen zählen zu den am höchsten verschuldeten in Deutschland. Eine Ursache dafür ist, dass die Landesregierung in den letzten Jahren den Kommunen zusätzliche Aufgaben übertragen hat, ohne die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen. Den Kommunen in Rheinland-Pfalz fehlt schlichtweg das Geld, um ihren Aufgaben wirklich gerecht zu werden. Die FDP Rheinland-Pfalz fordert daher eine deutliche finanzielle Entlastung der Kommunen.

Generell sehen wir eine weitere Übertragung polizeilicher Aufgaben auf die Kommunen kritisch. Statt Kommunen Zuständigkeiten der Polizei zu übertragen, sollten wir lieber die Polizei so ausstatten, dass sie ihren Aufgaben auch gerecht werden kann. Die Wahrung von Sicherheit und Ordnung im Land ist und bleibt die Aufgabe der Polizei.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Volker Wissing